



**Datenschutzhinweise gemäß Art. 13, 14 der  
Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)  
für das Standesamtswesen**

**1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung**

Gemeinde Mettingen  
Die Bürgermeisterin  
Markt 6 – 8  
49497 Mettingen  
Telefon: 05452 52-0  
E-Mail: [info@mettingen.de](mailto:info@mettingen.de)

**2. Beauftragter für den Datenschutz**

Aktuelle Kontaktdaten zum Datenschutzbeauftragten entnehmen Sie der Datenschutzerklärung unserer Homepage ([www.mettingen.de](http://www.mettingen.de)).

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten der Gemeinde Mettingen:  
E-Mail: [datenschutz@kaaw.de](mailto:datenschutz@kaaw.de)

**3. Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten**

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten, soweit dies zur Registerführung von Personenstandsbüchern erforderlich ist. Unsere Aufgaben umfassen die Prüfung der Ehevoraussetzungen und Mitwirkung an der Eheschließung bzw. Umwandlung einer Lebenspartnerschaft in eine Ehe, die Beurkundung von Personenstandsfällen in den Personenstandsregistern (Eheschließungen, Umwandlungen von Lebenspartnerschaften in Ehen, Geburten, Sterbefälle, Namensänderungen) und die Ausstellung von Urkunden.

Die wesentlichen Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung Ihrer Daten im Standesamtswesen ergeben sich aus Personenstandsgesetz (PStG), Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes (PStV), Bürgerliches Gesetzbuch (BGB), Einführungsgesetz zum Bürgerliches Gesetzbuche (EGBGB), Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) und Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft (LPartG).

**4. Kategorien von Empfängern (interne oder externe Weitergabe personenbezogener Daten)**

Sie haben das Recht zu erfahren, welche Datenempfänger regelmäßig aufgrund gesetzlicher Vorgaben Ihre Daten anlass- oder fallbezogen erhalten. Standesämter sind verpflichtet Ihre personenbezogenen Daten an andere öffentliche Stellen weiterzugeben (vgl. §§ 56 bis 64 PStV), unter anderem an:

inländische Standesämter, Meldebehörde, Jugendamt, Familiengericht, Finanzamt, Amtsgericht, Nachlassgericht, Friedhofsverwaltung, Statistisches Landesamt, Botschaften, Konsulate.

Eine Drittlandsübertragung erfolgt, wenn nach § 68 PStG i. V. m § 62 Abs. 4 PStV Mitteilungen an ausländischen Behörden auf Grund internationaler Übereinkommen durchzuführen sind. Diese Vorgänge betreffen i. d. R. Personenstandsdaten ausländischer Mitbürger an das jeweilige Konsulat.

Sämtliche von Ihnen erhobenen Daten werden elektronisch durch ausgewählte Anwendungen verarbeitet. Hierbei bedienen wir uns an Dienstleister, die im Rahmen eines Hostings (Cloud-Service SAAS) Ihre personenbezogenen Daten im Auftrag verarbeiten. Diese Verarbeitung findet im Rechenzentrum „Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO)“ statt.

## **5. Dauer der Speicherung**

Nach der Erhebung speichern wir Ihre personenbezogenen Daten nach der betreffenden Rechtsvorschrift § 5 Abs. 5 PStG. Die Speicherdauer beträgt:

- Eheregister und Lebenspartnerschaftsregister: 80 Jahre
- Geburtenregister: 30 Jahre
- Sterberegister 30 Jahre

Nach Ablauf dieser Fristen werden Ihre Daten dem zuständigen Archiv zur Übernahme angeboten.

## **6. Betroffenenrechte**

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

- a) Auskunftsrecht: Sie können Auskunft darüber verlangen, ob wir personenbezogene Daten von Ihnen verarbeiten. Ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten sowie auf weitere mit der Verarbeitung zusammenhängende Informationen (Art. 15 DS-GVO). Bitte beachten Sie, dass dieses Auskunftsrecht in bestimmten Fällen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein kann (§ 48 Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen).
- b) Recht auf Datenberichtigung: Für den Fall, dass personenbezogene Daten über Sie nicht (mehr) zutreffend oder unvollständig sind, können Sie eine Berichtigung und gegebenenfalls Vervollständigung dieser Daten verlangen (Art. 16 DS-GVO).
- c) Recht auf Löschung, Recht auf Einschränkung: Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen können Sie die Löschung Ihrer

personenbezogenen Daten (Art. 17 DS-GVO) oder die Einschränkung der Verarbeitung dieser Daten (Art. 18 DS-GVO) verlangen. Das Recht auf Löschung nach Art. 17 Absatz 1 und 2 DS-GVO besteht jedoch unter anderem dann nicht, wenn die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt.

d) Widerspruchsrecht: Sie können gegen bestimmte Datenverarbeitungen widersprechen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, oder keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Art. 21 DS-GVO).

## **7. Widerrufsrecht bei Einwilligungen**

Beruhet die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf Ihrer Einwilligung, so haben Sie das Recht, Ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Der Widerruf wirkt erst für die Zukunft; d. h. durch den Widerruf wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitungen nicht berührt.

## **8. Beschwerderecht**

Sie haben das Recht, sich bei einer Aufsichtsbehörde im Sinn des Art. 51 DS-GVO über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu beschweren, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

### Kontaktdaten der Aufsichtsbehörde

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit  
Nordrhein-Westfalen (LDI NRW)  
Kavalleriestraße 2 - 4  
40213 Düsseldorf  
Telefon: 0211 38424-0  
Fax: 0211 38424-10  
E-Mail: [poststelle@ldi.nrw.de](mailto:poststelle@ldi.nrw.de)

## **9. Bereitstellungspflicht**

Sie sind gesetzlich verpflichtet, Ihre personenbezogenen Daten uns gegenüber anzugeben. Diese Verpflichtung ergibt sich aus der Rechtsgrundlage unter Ziffer 3 dieses Informationsschreibens. Wenn Sie Ihre Daten nicht angeben, kann dies zur Folge haben, dass bei Beantragungen von Urkunden ohne Angabe der erforderlichen Daten keine Urkunden ausgestellt werden. Weiterhin können bei Nichtangaben Zwangs- und Bußgelder festgesetzt werden.